

Krahl, Daniel; Wacker, Gudrun

Research Report

Neue Parteiführung in China: Generationswechsel aufgeschoben

SWP-Aktuell, No. 65/2012

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Krahl, Daniel; Wacker, Gudrun (2012) : Neue Parteiführung in China: Generationswechsel aufgeschoben, SWP-Aktuell, No. 65/2012, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/255085>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Neue Parteiführung in China

Generationswechsel aufgeschoben

Daniel Krahl / Gudrun Wacker

Nach Monaten der Spekulationen im In- und Ausland ist seit dem 15. November endlich klar, wer für die nächsten fünf Jahre an der Spitze Chinas stehen wird. Vorausgegangen war ein Tauziehen der verschiedenen Seilschaften in der Parteiführung. Der innerste Zirkel der Partei, der Ständige Ausschuss des Politbüros, wurde verkleinert und ist relativ homogen mit Gefolgsleuten des früheren Parteivorsitzenden Jiang Zemin besetzt, darunter der neue Parteichef Xi Jinping. Einzig der wahrscheinliche neue Premierminister Li gilt als Parteigänger des abgetretenen Hu Jintao. Die neue Führungsriege lässt kaum auf den entschiedenen Willen zu wirtschaftlichen oder politischen Reformen schließen.

Die Kommunistische Partei Chinas veranstaltete vom 8. bis 14. November ihren 18. Parteitag in Peking, auf dem die alte Führung um Hu Jintao und Wen Jiabao entlastet und ein neues Zentralkomitee (ZK) gewählt wurde. Das ZK trat am 15. November erstmals zusammen und wählte sein Politbüro und dessen Ständigen Ausschuss, der als wichtigstes Entscheidungsgremium des Landes gilt.

Dem Parteitag vorausgegangen war ein Machtkampf der verschiedenen Seilschaften, von dem gelegentlich sogar etwas an die Öffentlichkeit drang. Ereignisse wie der Absturz des charismatischen Parteisekretärs von Chongqing, Bo Xilai, der Skandal um den Tod eines Funktionärssohns im Ferrari und Veröffentlichungen zu den Vermögen von Familienangehörigen des Top-Personals sorgten aber auch international für Schlagzeilen.

Auch wenn der neue Ständige Ausschuss fast vollständig mit Gefolgsleuten Jiang Zemins besetzt ist, könnte es zu kurz greifen, wenn man das Ergebnis dieses Machtkampfs als klaren Sieg der Shanghai-Fraktion um den früheren Parteichef und als Niederlage für den bisherigen Parteichef Hu Jintao interpretieren würde. Denn im Politbüro sind die Kräfteverhältnisse weniger eindeutig, so dass es sich eher um eine Übergangslösung handelt. Abgesehen davon ist der Begriff »Fraktion« ebenso problematisch wie die Zuweisung der Attribute »Reformer« und »Konservative«. Im Kern spielen vor allem persönliche Seilschaften, frühere Arbeitszusammenhänge und Loyalitäten eine Rolle. Parteitag und Zentralkomitee entscheiden eher über die Verteilung und Sicherung von Posten – über die inhaltliche Ausrichtung der künftigen Führung und ihre Politik lassen sich im

Zuge einer Analyse der personellen Zusammensetzung daher nur bedingt Aussagen treffen. Während noch keine belastbaren Aussagen über die künftige Ausrichtung der Innen-, Wirtschafts- und Außenpolitik möglich sind, deuten die personellen Veränderungen gleichwohl auf eventuelle Schwerpunktsetzungen und Trends hin.

Der Ständige Ausschuss des Politbüros: Aufgeschobener Aufbruch

Das oberste Parteigremium wurde von neun auf sieben Personen verkleinert. Dies könnte auf den Wunsch hindeuten, die Konsensfindung zu erleichtern und zu beschleunigen. Fünf der sieben Mitglieder, einschließlich der neuen Nummer 1, Xi Jinping, haben enge Bindungen an den früheren Partei- und Staatschef Jiang Zemin; nur ein einziger, nämlich Li Keqiang (Nr. 2), ist klar der Seilschaft des abgetretenen Hu Jintao zuzurechnen.

Zwei starke Verfechter wirtschaftlicher und institutioneller Reformen, Li Yuanchao (62, bisher Personalchef der Partei) und Wang Yang (57, noch Parteisekretär von Guangdong), haben den Sprung in das oberste Parteigremium nicht geschafft.

Die Wirtschaftspolitik wird wohl an Zhang Gaoli übergehen, den Parteisekretär von Tianjin. Seine Politik der staatlichen Investitionen, zur Not auf Pump, folgt eher dem alten Wachstumsmodell Chinas und macht demnach wenig Hoffnung auf weitere Liberalisierungsschritte.

Diese Personalentscheidungen lassen kaum grundlegende Veränderungen des bisherigen export- und investitionsorientierten Wirtschaftsmodells erwarten. Dabei wird dieses Modell bereits seit Jahren als nicht nachhaltig kritisiert, auch intern. Bemerkenswert ist, dass Wang Qishan, der als Wirtschaftsspezialist lange Zeit als Hauptverantwortlicher für Finanz- und Wirtschaftspolitik gehandelt wurde, nun der Zentralen Disziplinarkontrollkommission vorstehen und damit oberster Korruptionsbekämpfer Chinas sein wird. Dies könnte ein Indiz dafür sein, dass der Kampf gegen

Korruption tatsächlich eine Priorität für die neue Führung darstellt. Allerdings bleibt das strukturelle Problem, dass die Kommission kein von der Partei unabhängiges Gremium ist.

Das Politbüro: Möglicher Aufbruch

Das Politbüro besteht aus dem Ständigen Ausschuss sowie weiteren 18 Mitgliedern, die vom Zentralkomitee gewählt werden. Nahezu die Hälfte der Mitglieder des Politbüros sind Parteigänger Hu Jintaos.

Ethnische Minderheiten sind wie schon im letzten Politbüro nicht vertreten. Jedoch sind die Minderheitenregionen Xinjiang und die Innere Mongolei stark durch ihre (Han-chinesische) Parteispitze repräsentiert. Der Parteisekretär der Inneren Mongolei und drei weitere Mitglieder besitzen Erfahrungen in der Verwaltung tibetisch bewohnter Gebiete. Dies deutet darauf hin, dass die Minderheitengebiete, die in den letzten Jahren durch Unruhen geprägt waren, noch stärker in den Fokus der Parteiführung gerückt sind. Es ist bemerkenswert, dass die Funktionäre mit Tibet-Erfahrung eher für eine vermittelnde Strategie als für drakonische Maßnahmen bekannt sind. Dies könnte zumindest die Hoffnung auf einen »smarteren« Ansatz in der Tibetpolitik nähren.

Statt einer sind im neuen Politbüro nun zwei Frauen vertreten: Die bisherige Staatsrätin Liu Yandong (67), die vermutlich einen der vier Vize-Premierposten übernehmen wird, und Sun Chunlan (62), Parteisekretärin der Provinz Fujian. Eine Stärkung der Frauen in politischen Spitzenpositionen ist aber nicht zu erwarten.

Dass das Militär im Politbüro mit zwei Personen präsent ist – den beiden neuen Stellvertretenden Vorsitzenden in der Zentralen Militärkommission –, entspricht der bisher üblichen Praxis.

Das Zentralkomitee: Rückschritt?

Das Zentralkomitee umfasst 205 Mitglieder, beinahe die Hälfte davon hat bereits eine

Amtszeit im ZK hinter sich. Ein Viertel der Mitglieder wurde neu gewählt.

Statt sechzehn sind nur noch zehn Angehörige ethnischer Minderheiten vertreten. Auch die Zahl der Frauen ist von dreizehn auf ebenfalls zehn gesunken. Mit 41 Mitgliedern gehören – wie beim letzten ZK auch – dieses Mal wieder gut 20 Prozent der ZK-Mitglieder dem Militär an.

Bemerkenswert ist, dass bekannte Wirtschaftspolitiker wie der Zentralbankchef (Zhou Xiaochuan, 64) und der Handelsminister (Chen Deming, 63) nicht mehr im Zentralkomitee sitzen. Generell scheint sich der schon beim Parteitag 2007 erkennbare Trend fortzusetzen, dass »Parteisoldaten« erfolgreichen Fachleuten aus Bürokratie und Wirtschaft vorgezogen werden. Allerdings hat sich die Zahl der Vertreter staatlicher Unternehmen von zwei auf neun erhöht, was deren gewachsenen Einfluss auf die Wirtschaftspolitik widerspiegelt.

Die Zentrale Militärkommission

Bereits vor dem Parteitag wurde eine Reihe von Spitzenposten im Militär neu besetzt, deren Inhaber auch in die Zentrale Militärkommission aufgestiegen sind. Dieser wird eine gewichtige Stimme in der Außen- und Sicherheitspolitik zugesprochen.

Allen Spekulationen im Vorfeld zum Trotz gab Hu Jintao mit dem Posten des Generalsekretärs auch den als Vorsitzender der Zentralen Militärkommission der Partei auf. Er ist damit nicht dem Vorbild seines Vorgängers Jiang Zemin gefolgt, der nach dem 16. Parteitag 2002 die Position als Oberbefehlshaber der chinesischen Armee noch für zwei Jahre beibehielt. Insofern wird mit dem Führungswechsel nun ein sehr klarer Schnitt vollzogen.

In seiner Rede zur Eröffnung des 18. Parteitags hatte der scheidende Generalsekretär Hu Jintao betont, China müsse eine maritime Macht werden, die ihre Rechte und Interessen zu schützen vermag. Es bestehen keine Zweifel daran, dass auch unter der neuen Führung an diesem Schwerpunkt bei der Modernisie-

rung der chinesischen Streitkräfte festgehalten wird.

Reformen im Innern?

Von einem Generationenwechsel lässt sich bisher nicht sprechen, eher von dessen Ankündigung für den nächsten Parteitag in fünf Jahren: Mit Ausnahme von Xi Jinping und Li Keqiang gehören die Mitglieder des Ständigen Ausschusses nicht der neuen Generation an. Weder politische noch wirtschaftliche Reformfreudigkeit lässt sich aus dem neuen Personaltableau herauslesen.

Eine der wichtigeren Veränderungen dürfte sein, dass die Zuständigkeit für die innere Sicherheit wohl von der Ebene des Ständigen Ausschusses auf die des Politbüros verlagert und dieser Bereich damit herabgestuft wurde. Dies wird allerdings weniger als Zeichen politischer Liberalisierung gewertet, sondern eher als Reaktion auf die herausgehobene Stellung des bisherigen Sicherheitschefs Zhou Yongkang. Nicht nur war dessen hartes Durchgreifen als Ursache für Auseinandersetzungen in den Minderheitengebieten angesehen worden, ihm wurden auch enge Beziehungen zum gestürzten Bo Xilai nachgesagt.

2022: Warten auf die übernächste Generation

Neben der Entscheidung über die nächste Führungsgeneration wurden mit den Wahlen zum Politbüro auch erste Weichen für die übernächste Generation gestellt.

Das Alter der Kandidaten spielt eine Rolle, denn die Kandidaten für die Nachfolge Xi Jinpings müssen bereits Erfahrung im Politbüro gesammelt haben, aber jung genug sein, um beim übernächsten Parteitag 2022 noch mindestens fünf Jahre bis zum Erreichen der Altersgrenze von 67 Jahren vor sich zu haben.

Hier zeigen sich die Konkurrenzvorteile der Favoriten Hu Jintaos: Da Hu in den letzten Jahren über Postenbesetzungen entscheiden konnte, sind fast alle jungen Politbüromitglieder Teil seines Netzwerks und

werden auf dem nächsten Parteitag 2017 eine bestimmende Rolle spielen.

Die heute 49-jährigen neuen Politbüromitglieder Hu Chunhua und Sun Zhengcai können sich Hoffnungen auf eine Spitzenposition in der Partei im Jahr 2022 machen. Mit dieser langen Anwartschaft ist auch sichergestellt, dass die junge Garde kein Interesse an einer grundsätzlichen Veränderung der politischen Ordnung entwickelt.

Als Folge dürfte sich an dem bisherigen Politikansatz nichts ändern: in kleinen Schritten mit Reformen zu experimentieren, die letztlich dem Systemerhalt dienen.

Implikationen für Chinas Außenpolitik und für Europa

Die letzten Jahre unter der Führung Hu/Wen können außenpolitisch kaum als erfolgreich betrachtet werden. Die internationalen Großereignisse (Olympische Spiele und Weltausstellung) haben der Welt zwar demonstriert, wie weit China in seiner Modernisierung vorangekommen ist. Chinas Nachbarstaaten aber – insbesondere in Nordost- und Südostasien – sind aufgrund des selbstbewussteren Auftretens der Volksrepublik in den territorialen Streitigkeiten im Süd- und Ostchinesischen Meer weniger überzeugt, dass die Rhetorik des »friedlichen Aufstiegs« und der »harmonischen Region« Substanz hat.

Es ist kaum damit zu rechnen, dass Chinas neue Führung in den Territorialdisputen auf einen nachgiebigeren Kurs einschwenken wird. Sie muss sich zunächst nach innen konsolidieren und wird sich dabei keine als Schwäche interpretierbare Außenpolitik leisten, die ihre Legitimation nach innen gefährden könnte.

Für das Ausland interessant könnte es sein, den Werdegang von Wang Huning zu beobachten, der in das Politbüro gewählt wurde und im Anschluss an den Nationalen Volkskongress im März möglicherweise eine koordinierende Rolle in der chinesischen Außenpolitik übernehmen wird.

Das ist insofern von Bedeutung, als sich verschiedene Institutionen seit mehreren

Jahren um Zuständigkeiten in der Außenpolitik streiten. Das Außenministerium kann dabei nur sehr bedingt als maßgebender Architekt der chinesischen Außenpolitik gelten. Dies liegt unter anderem daran, dass Macht in China nicht durch Übertragen eines Staatsamtes verliehen, sondern auf der parallelen Schiene der Parteiämter erworben wird. Seit den neunziger Jahren war aber kein Außenpolitiker mehr im Politbüro vertreten – im Unterschied etwa zur Militärkommission der Partei.

Wang Huning, der als enger Mitarbeiter sowohl Jiangs als auch Hus gilt, trauen einige Beobachter zu, der chinesischen Außenpolitik das bisher fehlende Konzept geben und damit auch für das Ausland mehr Klarheit schaffen zu können. Dies gilt vor allem, wenn für ihn der Posten eines Vize-Premiers für Außenpolitik geschaffen würde.

Mit Vize-Außenminister Zhang Zhijun wurde einer der Top-Anwärter auf den Posten des Außenministers in das Zentralkomitee berufen. Hauptansprechpartner für Europa wird der Nachfolger Wen Jiabaos als Premierminister sein, aller Wahrscheinlichkeit nach Li Keqiang.

Nach der vorläufigen Klärung der Machtverhältnisse warten nun viele Beobachter gespannt darauf, mit welchen Personen der Nationale Volkskongress im März nächsten Jahres die oberen Staatsämter besetzen wird. Viele der für ausländische Unternehmen bedeutsamen Ämter wie die der Vize-Premiers, die für Wirtschaftsentscheidungen eine wichtige Rolle spielen, werden erst dann vergeben.

Auch wenn sich der persönliche Stil Xi Jipings und Li Keqiangs von dem ihrer Vorgänger unterscheidet, werden die Beziehungen zwischen der EU und China wohl nicht einfacher. Denn die von europäischer Seite kritisierten Praktiken – »Subventionierung« der staatlichen Unternehmen, Beschränkungen des Marktzugangs – werden sicher nicht verschwinden.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2012
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364